



## ANREGUNGEN FÜR EINE ZWEITE STUFE DER REFORM DER ERBSCHAFTSSTEUER

**AntragstellerInnen** Regionalverband Nord  
**AdressatInnen** SPD-Bundestagsfraktion  
SPD BundesministerInnen

01 1. Die Bundesregierung sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen, die anderen EU-  
02 Mitgliedstaaten, allen voran Österreich, dazu zu bewegen, eine Erbschaftssteuer - soweit noch nicht vor-  
03 handen - einzuführen.

04

05 2. Jährlich werden Vermögenswerte von rund 200 Milliarden Euro in Deutschland vererbt. Es muss  
06 darüber nachgedacht werden, diese Einnahmen durch höhere Steuersätze oder aber eine breitere  
07 Bemessungsgrundlage zu erhöhen.

08

09

### 10 BEGRÜNDUNG

11

12 1. Schon heute verlegen viele Mittelständler in Süddeutschland ihren Firmensitz nach Österreich,  
13 weil es dort gar keine Erbschaftssteuer mehr gibt. Im Sinne einer vollständigen nationalstaatlichen  
14 Handlungsfähigkeit liegt jedoch die Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet der direkten Steuern aus-  
15 schließlich bei den EU-Mitgliedstaaten. Diese mitgliedstaatliche Steuerhoheit muss auch zunächst nicht  
16 angetastet werden. Jedoch kann ein race-to-the-bottom der Steuersätze nicht das Ziel der europäischen  
17 Integration sein. Eine sinnvolle Koordinierung der Steuersätze auf europäischer Ebene muss hier stattfin-  
18 den. Deutschland als einer der Hauptbeitragszahler der EU kann diese anstoßen und mit anderen  
19 Mitgliedstaaten leiten.

20

21 2. Bei einer Erhöhung der ErbSt könnten jedoch im Gegenzug Verbrauchssteuern wie die  
22 MehrwertSt gesenkt werden. Während die ErbSt vor allem die Vermögenden belastet, würde eine Senkung  
23 der MehrwertSt vor allem Geringverdiener, Transferempfänger aber auch die Mittelschicht entlasten. Diese  
24 Effekte wären ein erster Schritt, um die Erosion der Mittelschicht und die Spaltung der Gesellschaft zu  
25 stoppen.

26

27

28